

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Abzugspreis: Durch unsere Daten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 50 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt wöchentlich 1.30 Mk., monatlich 60 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus wöchentlich 2.25 Mk., monatlich 75 Pfg. Erhöht täglich in den Mitteilungsblättern, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbeilagen sind Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Inserationspreis: Die jeder Spaltenbreite entsprechende oder deren Raum für 10 Zeilen aus 1000 mit den Erklärungen der Buchstaben männlich 50 Pfg., weiblich 40 Pfg., 10 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigen von Anzeigen die spätestens 10 Tage vor dem Erscheinen der Zeitung bei uns einreichen müssen. Wenn die Aufgabe des Inserates durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 187.

Sonnabend, den 14. August 1915.

10. Jahrgang.

Erstürmung einer Fortstellung von Nowo-Georgiewsk.

Das Verhalten der neutralen Balkanstaaten. — Spanien will rüsten. — Was Japan wünscht. — Der Wiederhall der falschen Meldung von Friedensvorschlägen im feindlichen Auslande. — Zerstörung eines englischen Handelsschiffes durch ein deutsches Flugzeug. — Luftangriff österreichisch-ungarischer Seekriegszeuge auf die Insel Pelagosa. — Eine italienische Schlappe an der Tiroler Grenze südlich Schludersbach. — Neue italienische Mißerfolge im Küstenlande. — Ostrolenta und Jwagorod in deutschem Besitz. — Türkische Vorposten in Ägypten. — 10 000 Tote der Verbündeten bei den letzten Kämpfen vor den Dardanellen.

Die beiden Ferdinands.

Aus den Kreisen der Balkandiplomatie schreibt man der Deutschen Orient-Korrespondenz: Im gegenwärtigen Zeitpunkt richten sich die Augen der ganzen Welt auf die beiden Balkanstaaten, deren Monarchen, Sprößlinge zweier deutscher Fürstentümer, vor der schweren Entscheidung stehen, welchen Anteil ihr Land und ihre Armeen an dem gewaltigen Ringen nehmen soll, in dem die deutsche Heimat mit zwei verbündeten Mächten gegen eine Welt von Feinden steht. Für Ferdinand von Bulgarien und Rumänien, Ferdinand von Rumänien. Eingeeignet in der Bekämpfung der konstitutionellen Gewalt durch ein parlamentarisches Regime und doch Inhaber der Exekutive und oberster Kriegsherr, hängt für einen Balkanmonarchen das Maß von Einfluß auf die Entscheidung in einer Schicksalsstunde des Landes im wesentlichen von seiner Persönlichkeit ab. Es wird zwar erst eine Aufgabe der Geschichtsschreibung sein, festzustellen, welcher Anteil bei der Lösung der gegenwärtigen Krise in Bulgarien und Rumänien den Monarchen und den maßgebenden Parteiführern zukommt. Aber eine gerechte Würdigung der Persönlichkeit der beiden Monarchen dient auch heute schon einer richtigen Beurteilung der politischen Lage.

Wenn man in Deutschland von den seit Monaten schwelenden Unterhandlungen Bulgariens mit dem Biederband über einen Anschluß an die Gegner der Zentralmächte las, dann sind wohl stellenweise Befürchtungen aufgetaucht, für Ferdinand, der Prinz aus dem Koburger Fürstentum, könne eines Tages seine Armeen gegen Deutschland ins Feld führen. Tatsächlich aber lag für solche Befürchtungen niemals ein Anlaß vor. Daß Bulgariens Herrscher vom ersten Tage des Weltkrieges an den Sieg der deutschen Waffen erhofft und als sicher vorausgesehen hat, ist über jeden Zweifel erhaben. Seine genauen Kenntnisse aller der Faktoren militärischer und wirtschaftlicher Art, die in den beteiligten Ländern für Sieg oder Niederlage ausschlaggebend sind, ließ ihm die Frage keinen Augenblick zweifelhaft erscheinen, auf welcher Seite der schließlich Erfolg sein würde. Bei dem hohen Maß von Pflichtgefühl, das für Ferdinand aber gegenüber dem eigenen Lande besteht, das ihn auf den Thron beriefen, gibt es für ihn nur eine Wahl in der Richtung der Politik, nämlich diejenige, die Bulgarien den größten und zugleich sichersten Vorteil aus dem Weltkrieg in Aussicht stellt. Die unabweisbaren Lehren des zweiten Balkankrieges zwingen ihn zu einer Politik des Abwartens, bis der Zeitpunkt gekommen ist, der ein erfolgreiches Eingreifen verheißt. Bekanntlich haben auch in Bulgarien starke russische Einflüsse eine Bewegung zum Anschluß an den Biederband hervorgerufen; daß sie aber niemals imstande waren, zu einem entscheidenden Einfluß zu gelangen, ist das Verdienst des Monarchen, der zu keiner Zeit im Widerstreit der Parteien seinen maßgebenden Einfluß eingebüßt hat. Das bulgarische Volk vertraut seinem Herrscher, dessen ganze Regierung nur ein Akt treuer Pflichterfüllung gegen sein Land gewesen ist.

Wenigstens anders ist die Lage in Rumänien. Hätte König Carol noch heute die Zügel der Regierung in Händen, dann dürfte man in Deutschland mit demselben festen Vertrauen die Entscheidungen aus Bukarest erwarten wie aus Sofia. Aber der greise König schloß beim Ausbruch der Schicksalsstunde seines Landes die Augen für immer. Und König Ferdinand konnte nicht die Dankbarkeit und Verehrung und damit die herrschende Stellung über den Parteien die König Carol besaß, als Erbteil übernehmen. Als Thronfolger ist es ihm begreiflicherweise nicht befohlen gewesen, in den sechszwanzig Jahren seit seinem Einzug in die Hauptstadt im Jahre 1880 zu einem maßgebenden Einfluß im politischen Leben des Landes zu gelangen, der ihm jetzt in der Stunde der Entscheidung ermöglichte, Rumäniens Geschicke allein nach den klaren Interessen des Landes zu lenken. Den bezahlten Ratsfreunden ist es daher ein leichtes ihn ihrem Anhang als den Höfenzoller zu verächtlichen, dessen politische Neigungen sich lediglich nach deutlichen Wünschen richten. Bei dieser Sachlage wäre es ein Unrecht wollte man in Deutschland an der Bestimmung König Ferdinands gegen die alte Heimat irrt werden. An seinem Willen liegt es nicht, wenn Rumänien noch immer die Hilfe hoffnung des Biederbandes ist, die Macht der Entscheidung liegt dort eben in anderen Händen.

Der amtliche Kriegsbericht von heute!

Großes Hauptquartier, 14. August vorm.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen wurden am Martinswerk Fortschritte gemacht. Die Zahl der Gefangenen stieg auf 4 Offiziere und 240 Mann.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Nördlich des Njemen in der Gegend von Mlesow-Rupischy-Weschlaty und Kowarskewidelenen sich neue Kämpfe. Vor Kowno nahmen unsere Angriffsstruppen den befestigten Wald von Tonkanka, dabei wurden 350 Gefangene gemacht. Zwischen Narew und Bug erreichten unsere Armeen den Sina und Kurze-Abchnitt, an dem der Gegner zu erneutem Widerstand Halt gemacht hatte. Im Norden von Nowo-Georgiewsk wurde eine starke Fortstellung erklümt. 9 Offiziere, 1800 Mann und 4 Maschinengewehre fielen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Verbündete Truppen nähern sich dem Bug von Sotolow. Westlich der Linie Lasko-Miendzyrzec versuchte der Feind durch einen hartnäckigen Vorstoß die Verfolgung zum Stehen zu bringen. Alle Angriffe wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der in den Kämpfen vom 7. bis 11. August geschlagene Feind fand gestern nicht mehr die Kraft, sich den unaufhaltsam vordringenden verbündeten Truppen zu widersetzen. Die Armeen überschritten in der Verfolgung die Straße Radzyn-Dawidow-Modowa. (W. L. B.).

Oberste Heeresleitung.

Der Schlüssel zur Lösung der Balkanfragen liegt in Sofia.

Daily Telegraph meldet aus Rom: Tribuna hat am Dienstagabend eine Unterredung mit dem serbischen Gesandten Ristits veröffentlicht. Nach seiner Überzeugung liegt der Schlüssel zu den Balkanangelegenheiten nicht in Athen und auch nicht in Wien, sondern allein in Sofia. Er wisse nicht, was der serbische Ministerpräsident Pasitsch der Entente geantwortet, wohl aber wisse er, daß Bulgarien fest entschlossen sei, untätig zu bleiben. Unser Entgegenkommen ist vollständig nutzlos, sagt er, selbst dann, wenn wir das gesamte Serbien einschließlich Belgrad abstritten, Bulgarien würde noch immer einen Vorwand finden, um neutral zu bleiben. Ristits glaubt, daß nur ein Ereignis alle Balkanstaaten in Bewegung bringen und auf Seiten der Entente führen kann, nämlich ein deutsch-österreichischer Versuch, durch serbisches Gebiet hindurch der Türkei zu Hilfe zu kommen. Nur eine derartige Handlung würde Rumänien und Bulgarien bestimmen, der Entente beizutreten, da dieser Versuch das Bestehen aller Balkanstaaten in Gefahr bringen würde.

Bulgarien und Serbien.

Der Posten Lloyd meldet aus Konstantinopel: Nach Berichten aus Sofia geht das Verhältnis zwischen Bulgarien und Serbien der Entscheidung entgegen. Besonders akut ist die Frage der Donautransporte. In Rückgehe man

den bulgarischen Vorstellungen absichtlich aus dem Wege. Der bulgarische Vertreter stellte eine befristete Anfrage, in welcher die Freigabe der Donauwege und die Sicherheit der bulgarischen Transporte unter serbischer Garantie gefordert wird. Im gegenteiligen Falle habe Serbien Repressalien zu erwarten.

Die bulgarische Opposition.

(Agence Bulgare.) Die Führer der oppositionellen Parteien Bulgariens haben jeder für sich den Ministerpräsidenten Radossawow um eine Unterredung ersucht, um sich über die durch die jüngst erfolgten Schritte der Biederbandsmächte auf dem Balkan geschaffene Lage zu unterrichten. Der Ministerpräsident willfahrte dem Ansuchen. (W. L. B.)

Gegen die Kriegsbege in Rumänien.

Aus Bukarest wird englischen Blättern gemeldet, daß in einer Versammlung der nationalen Partei, an deren Spitze der bekannte Abgeordnete Take Jonescu steht, beschlossen wurde, den früheren Leiter der konservativen Partei, Maghiloman, der ein Anhänger eines Zusammenschlusses mit der Entente war, für politisch tot zu erklären. Der Korrespondent der Times in Bukarest spricht in Verbindung mit dieser Nachricht von einer großzügigen deutsch-österreichischen Agitation.

Aufhebung rumänischer Ausfuhrverbote.

Der B. J. wird aus Bukarest gemeldet: Der Minister hat beschloß Freitag die Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Getreide. Die Ausfuhr wird erlaubt gegen die Zahlung der Exportgebühren in Gold. Vom 14. August ab tritt die Aufhebung des Ausfuhrverbotes für folgende Waren ein: Weizen, Roggen, Graupen, Gerste, Hafer sowie deren Mehle, ferner Leinwand, Rapskamen, feuchtes nasses Hülsenfrüchtl, Rapeseöl und als Futtermittel dienende Bodenprodukte. Die Ausfuhr ist auch weiter in Gold zu leisten. Nach einer Bekanntmachung des Finanzministers unterliegt auch die Ausfuhr von Petroleum seinem Verbot mehr. Die Ladungen der über Bredeal-Palanka und Burdujeni ins Ausland gehenden Waggons werden von Chemikern untersucht, weil die Ausfuhr von Benzin noch weiterhin untersagt ist.

Empörung gegen den Biederband in Griechenland.

Einem Athener Telegramm der Rumänischen Zeitung zufolge hat der letzte Schritt des Biederbandes bezüglich der Befriedigung der bulgarischen Ansprüche auf Nord- und Ostmacedonien tiefes Unrecht. Selbst Blätter, welche die Regierung bekämpfen, wie Hestia, bemerken mit Bitterkeit, das sei also die Belohnung für die Sympathie, welche Griechenland dem Kampf der verbündeten Mächte bis jetzt entgegengebracht habe. Gegen dieses Unrecht empören sich jeder Grieche. Die Regierung verhehle nicht, daß ihr Standpunkt in dieser Frage genau derselbe sei wie vor fünf Monaten.

Die Antwort Griechenlands an den Biederband.

(Agence d'Athènes.) Der Kabinettchef des Ministeriums des Äußeren überreichte die Antwort Griechenlands auf den Schritt der vier Ententemächte den Gesandtschaften dieser Mächte. Die Antwort Griechenlands ist in Form eines Protestes gegen die Abtretung griechischer Gebiete gehalten. (W. L. B.)

Weitere englische Vergewaltigung Griechenlands.

Londoner News kündigen in längeren Ausführungen die Notwendigkeit für Großbritannien an, demnächst weitere griechische Inseln als vorübergehende Flottenstützpunkte für die Dardanellen-Operationen zu besetzen.

Spanische Rüstungsabsichten.

Die spanische Regierung hat eine Militär- und Marinekommission nach den Vereinigten Staaten entsandt, um dort Waffen, Munition und Werkzeugausrüstungen anzukaufen zu lassen. Außerdem sollen Lieferungsverträge für mehrere U-Boote und Minenleger zu Rüstungsverweidungszwecken abgeschlossen werden. Über die Verhandlungen wird tiefes Stillschweigen bewahrt. Die spanische Regierung hat den amerikanischen Fabrikantern erklärt, daß sie keineswegs in den Krieg eingetreten sei, man wolle aber für später gegen alle Vorkommnisse